

**Pressemitteilung**  
17. Dezember 2011

## Deutschland-Check

### **Umfrage: Arbeitnehmer halten Staatsschuldenkrise für größtes Arbeitsmarktrisiko**

*Berlin.* Fast 80 Prozent der Arbeitnehmer sehen in der Schuldenkrise das größte Risiko für die Lage am Arbeitsmarkt. Das geht aus einer repräsentativen Arbeitnehmerbefragung der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche hervor.

„Bisher hat der deutsche Arbeitsmarkt die Turbulenzen der Schuldenkrise gut weggesteckt. Das gelingt aber nicht ewig“, erklärt Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM und fordert eine nachhaltige Lösung der Schuldenkrise, indem Staatsausgaben gekürzt und die Haushalte konsolidiert werden. „Haushaltskonsolidierung ist jetzt Pflicht“, so Pellengahr.

Mehr als die Hälfte der Befragten glaubt, dass der Fachkräftemangel den Arbeitsmarkt beeinträchtigen könnte. Aktuell hat die große Mehrheit der Arbeitnehmer in Deutschland noch keine Angst vor einem Jobverlust. 57 Prozent der Beschäftigten glauben, dass ihr Arbeitsplatz außerordentlich oder ziemlich sicher ist. Weitere 25 Prozent stufen ihr Beschäftigungsverhältnis immerhin noch als eher sicher ein.

An der positiven Einschätzung änderte die Zuspitzung der Schuldenkrise bisher nicht viel. Nur 15 Prozent meinen, dass der Erhalt ihres Arbeitsplatzes in den vergangenen zwölf Monaten unsicherer geworden sei. Für die meisten ist die Sicherheit ihres Beschäftigungsverhältnisses gleich geblieben.

Die Arbeitnehmer versuchen für den Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben und setzen dabei vor allem auf Mobilität und Flexibilität. Fast 80 Prozent geben dies jeweils an. Mehr als jeder Zweite setzt darüber hinaus auf betriebliche oder private Weiterbildung. Eher unbedeutend ist für Beschäftigte hingegen das Sammeln von Auslandserfahrung. Nicht einmal jeder Vierte setzt auf diese Möglichkeit. Auffallend ist, dass vor allem gut gebildete und jüngere Arbeitnehmer auf die eigene Attraktivität für den Arbeitsmarkt achten. „Um für den Arbeitsmarkt interessant zu bleiben, ist in erster Linie jeder für sich selbst verantwortlich. Dies gilt für gut Ausgebildete wie auch für weniger gut Ausgebildete“, so Pellengahr. Auch die Älteren müssten sich fortbilden, da aufgrund des demographischen Wandels deren Arbeitskraft in der Zukunft noch wichtiger werde.

Im Rahmen des IW-Arbeitnehmervotums wurden 1.000 Arbeitnehmer zwischen dem 23. und 28. November online befragt. Die Stichprobe der Arbeitnehmer zwischen 16 und 65 Jahren ist repräsentativ für Deutschland und nach Schulbildung, Geschlecht und Altersgruppen geschichtet. Arbeitnehmer ohne Schulbildung sind nicht berücksichtigt. Die Umfrage ist Teil des Deutschland-Checks, einer Dauerstudie im Auftrag der INSM und der WirtschaftsWoche.

**Mehr Informationen im Internet unter [www.deutschland-check.de](http://www.deutschland-check.de)**

### **Rückfragen:**

Projektleitung: Marc Feist, Tel: (030) 27877-175, [feist@insm.de](mailto:feist@insm.de)

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Florian von Hennet, Tel: (030) 27877-174, [hennet@insm.de](mailto:hennet@insm.de)

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.